

Original am 7. Jan. 2008

Stadtratsfraktion
der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e. V.
(früher Bürgerwehr gegen Behördenunrecht)

Vorsitzender Dipl. Vww. - Dipl. Komm. Heinz Lang, Stadtverwaltungsdirektor a.D.

Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e. V.
Heiligenstock 56 · 51465 Bergisch Gladbach

12. Aug. 2008 *AS*

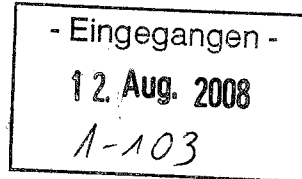
Herrn Bürgermeister Klaus Orth
Rathaus Konrad-Adenauer-Platz

51465 Bergisch Gladbach

Telefon 02202 / 93 29 45
Telefax 02202 / 93 29 46

Sprechstunden:
Rathaus Bergisch Gladbach,
Zimmer 15
Montags von 16 – 19 Uhr

Telefon und Fax 02202 / 142872
Bergisch Gladbach, 10.08.2008



Abfallentsorgungsgebühren

hiermit stellen wir den Antrag, der Rat möge beschließen, dass die Stadt das Müllmarkensystem wieder einführt.:

Begründung:

Bereits vor der Wahl einiger unserer Mitglieder in den Rat hatten wir beantragt, den Bürger selbst bestimmen zu lassen, wie groß sein Mülleimer ist und wo er ihn kauft. Leider war dieses Bemühen bisher vergeblich. Die Verwaltung erwirbt zu übersteuerten Preisen, verwaltet Eimer, die meist nur zur Hälfte gefüllt werden, diktiert die Eimergröße und überlässt den Grundstückseigentümern das Risiko des Einnahmeausfalls.

Im Jahre der Einführung des neuen ungerechten, komplizierten und übersteuerten neuen Systems musste die Bürgerinnen und Bürger fast 2 Mio DM mehr zahlen. Diese Kostensteigerung hat sich in den Folgejahren fortgesetzt.

Unser Verein hat in der Vergangenheit mit Erfolg gegen die unnötige Bürokratie und für mehr Bürgerfreiheit gekämpft. Zuerst haben wir dafür gesorgt, dass das Verwaltungsgericht die Quersubventionierung des Biomülls zu Lasten der Restmüllgebühren für unzulässig erklärte. Auf Grund unserer Argumente musste der Bergische Abfallwirtschaftsbetrieb bis 2001 64,2 Mio DM erstatten. Auch in den Folgejahren hat sich das dadurch ausgewirkt, dass der BAV seine Gebühren zu mindern hatte. Leider verzichtete die Stadt auf fast 5 Mio DM der unseren Bürger zustehenden Rückzahlungen zugunsten der Gemeinden, die nicht geklagt hatten.

Mit unseren Argumenten konnten wir den Bau einer überflüssigen mechanisch-biologischen Müllbeseitigungsanlage verhindern, die über 100 Mio DM gekostet hätte. Der BAV, der Rheinisch-Bergische und der Oberbergische Kreis hatte den Bau bereits beschlossen. Der Regierungspräsident war ebenfalls einverstanden. Die Stadt Bergisch Gladbach hätte 20 % der Folgekosten übernehmen und auf die Gebührenpflichtigen verteilen müssen.

Durch das jetzige System werden alle Einwohner unserer Stadt benachteiligt.

1.

Die Grundstückseigentümer müssen die Gebühren vorfinanzieren und tragen das Risiko des Einnahmeausfalls.

2.

Nach Ansicht der Verwaltung sind die Grundstückseigentümer auch für das Fehlverhalten ihrer Mieter verantwortlich. Dem Unterzeichner hat sie ein Bußgeld angedroht, weil seine Mieter den Abfall nicht sauber getrennt hatten. Außerdem bleiben Eimer mit nicht getrenntem Müll häufig ungeleert stehen. Der Eigentümer muss dann dafür sorgen, dass umgefüllt wird, obwohl er die Unordnung nicht verursacht und folglich auch nicht verschuldet hat. Kein Eigentümer von Miethäusern ist in der Lage, seine Mieter insoweit in die Pflicht zu nehmen.

3.

Das jetzige Befreiungssystem ist ungerecht. Lediglich die Haushalte, zu den zwei oder vier oder mehr Personen mit gerader Zahl gehören, erreichen eine Nachlass von der Hälfte. Bei 3 oder 5 Personen reduziert er um ein Drittel bzw. ein Sechstel. Bei 1 Person ist überhaupt keine Reduzierung möglich.

4.

Das jetzige Befreiungssystem ist besonders für die Mieter ungerecht. Nur der Eigentümer darf den Ermäßigungsantrag stellen. Der Mieter ist dazu nicht befugt. Der Eigentümer aber kann das Verhalten seiner Mieter nicht steuern. Infolgedessen unterbleiben die Teilbefreiungsanträge bei fast allen Mietern. Sie zahlen daher in der Regel doppelt so viel wie die Begünstigten. Die Mieter machen mehr als die Hälfte unserer Bevölkerung aus.

Diese Ungerechtigkeiten können nur dadurch beseitigt werden, dass die Stadt zum Müllmarkensystem zurückkehrt. Hierdurch würde mehr Bürgerfreiheit eingeräumt. Hierdurch würde die Eigenverantwortung gestärkt. Hierdurch ließe sich mehr Trennung erreichen. Da die Bürgerinnen und Bürger auch für halbleere Eimer voll bezahlen müssen, werfen sie zur Zeit das meiste Verpackungsmaterial in das graue Müllgefäß. Schließlich wäre es sozial. Z. Zt. müssen ausgerechnet die Ärmere regelmäßig das Meiste bezahlen!

Mit freundlichen Grüßen

